Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1665

12. 06. 95

Sachgebiet 188

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 15. März 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen

A. Zielsetzung

Völkerrechtliche Übereinkünfte auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden Katastrophenhilfe mit inhaltlich gleicher Zielsetzung wurden bereits mit Frankreich am 3. Februar 1977, Luxemburg am 2. März 1978, Belgien am 6. November 1980, der Schweiz am 28. November 1984, Dänemark am 16. Mai 1985, Österreich am 23. Dezember 1988 und Rußland am 16. Dezember 1992 unterzeichnet und sind zwischenzeitlich ratifiziert worden. Ein Hilfeleistungsabkommen mit den Niederlanden wurde am 7. Juni 1988 unterzeichnet.

Die aus Anlaß der Erdbebenkatastrophe in Armenien 1988 begonnene und danach intensivierte Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen Sowjetunion auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden Katastrophenhilfe ist mit der Russischen Föderation fortgesetzt und durch die Schaffung einer rechtlichen Grundlage erleichtert worden. Eine Zusammenarbeit in diesem Bereich wird durch das Abkommen auch mit der Republik Litauen begonnen.

B. Lösung

Das am 15. März 1994 unterzeichnete Abkommen trifft die erforderlichen Regelungen. Es soll die Zusammenarbeit bei der Vorbeugung und Bekämpfung von Katastrophen oder schweren Unglücksfällen fördern, insbesondere durch Festlegung von Ansprechstellen, Erleichterung des grenzüberschreitenden Verkehrs von Personen und Sachen, Regelung von Schadensersatz und Haftung, Ermöglichung des teilweisen oder vollständigen Verzichts auf Kostenerstattung sowie durch Verstärkung der Zusammenarbeit in der Praxis und des Informationsaustausches über Gefahren. Mit dem vorgelegten Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erhalten.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die Vertragspartner können voneinander die jeweils entstandenen Kosten zur Erstattung anfordern. Die Vereinbarung sieht jedoch wegen der humanitären Zielsetzung auch die Möglichkeit des gegenseitigen Verzichts auf Kostenerstattung bei Hilfeleistungen vor. Diese Regelung läßt erwarten, daß sich die Aufwendungen beider Vertragsparteien für wechselseitig gewährte Hilfe über einen längeren Zeitraum gesehen ausgleichen.

Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, besonders auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (123) – 216 00 – Zi 11/95

Bonn, den 9. Juni 1995

An die Präsidentin
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 15. März 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 685. Sitzung am 2. Juni 1995 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf

Gesetz zu dem Abkommen vom 15. März 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 15. März 1994 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Wenn eine Hilfeleistung durch die Republik Litauen in der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der Kostenerstattung geleistet wird, richtet sich die Kostenträgerschaft danach, ob die jeweilige Hilfsmaßnahme in den Aufgabenbereich des Bundes oder der Länder fällt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 15 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da das Gesetz in Verbindung mit dem Abkommen auch das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden regelt.

Zu Artikel 2

Die Republik Litauen trägt die Kosten in den Fällen, in denen sie nach dem Abkommen um Hilfe ersucht und sofern diese auf der Grundlage der Kostenerstattung erfolgt.

Auf seiten der Bundesrepublik Deutschland tragen die Länder die Kosten, wenn sie den Bund um Übermittlung des Hilfeleistungsersuchens an die Republik Litauen gebeten haben, weil die Hilfsmaßnahme in ihren Aufgabenbereich fällt. In den übrigen Fällen, in denen die Bundesregierung um Hilfe ersucht, trägt der Bund die Kosten. Dieses gilt nur, wenn die Hilfeleistung auf der Grundlage der Kostenerstattung erfolgen soll.

Dem humanitären Geist des Abkommens entsprechend, wird von beiden Vertragsstaaten die Möglichkeit eines teilweisen oder vollständigen Kostenverzichts vorgesehen.

In landesinterne Kostenregelungen wird durch das Abkommen nicht eingegriffen.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, besonders auf das Verbraucherpreisniveau, ergeben sich nicht, da die gegenseitige Hilfeleistung mit vorhandenen Mitteln und vorhandenem Personal erfolgen soll und eventuell darüber hinausgehende Aufwendungen gering sein dürften.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 15 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen

Vokietijos Federacinės Respublikos ir Lietuvos Respublikos Sutartis dėl savitarpio pagalbos stichinių nelaimių ir stambių avarijų atvejais

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Litauen –

in der Absicht, einen Beitrag zur Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen in Europa zu leisten,

in Übereinstimmung mit den Zielen der Vereinten Nationen, die die neunziger Jahre zu einer Dekade der Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der vorbeugenden und abwehrenden Katastrophenhilfe bei Naturkatastrophen erklärt haben,

eingedenk des Abschließenden Dokuments des Dritten KSZE-Folgetreffens in Wien vom 15. Januar 1989 und des Helsinki-Dokuments vom 10. Juli 1992,

in dem Bewußtsein, daß natur- oder technologiebedingte Katastrophen oder schwere Unglücksfälle möglich sind,

in der Überzeugung von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten mit dem Ziel, die gegenseitige Hilfe bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen zu erleichtern und die Entsendung von Hilfsmannschaften und -material zu beschleunigen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand

(1) Die Vertragsstaaten helfen einander entsprechend ihren Möglichkeiten bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, die ernsthafte Schäden oder Gefahren für die körperliche Unversehrtheit von Personen, für Güter oder die Umwelt nach sich ziehen und die mit eigenen Mitteln des hilfeersuchenden Vertragsstaats offensichtlich nicht bewältigt werden können.

(2) Dieses Abkommen regelt die Rahmenbedingungen für diese freiwilligen Hilfeleistungen im anderen Vertragsstaat auf dessen Ersuchen hin, insbesondere für Einsätze von Hilfsmannschaften, einzelnen Fachkräften und Material.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten die Begriffe:

- „hilfeersuchender Vertragsstaat"
  der Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden um Hilfeleistung, insbesondere um Entsendung von Hilfsmannschaften oder -material, aus dem anderen Vertragsstaat ersuchen;

Vokietijos Federacinė Respublika

ir

Lietuvos Respublika

norėdamos palaikyti gerus kaimyniškus santykius Europoje;

sutikdamos su JTO tikslais, paskelbusios 90-tuosius metus tarptautinio bendradarbiavimo dešimtmečiu, plėtojant pagalbą stichinių nelaimių išvengimo ir jų padarinių šalinimo srityse;

atsižvelgdamos į Europos Saugumo ir Bendradarbiavimo Konferencijos trečiojo susitikimo, įvykusio Vienoje 1989 m. sausio 15 d., baigiamąjį aktą ir 1992 m. liepos 10 d. Helsinkio dokumentus,

suvokdamos stichinių nelaimių ir su technologijos vystymu susijusių katastrofų bei stambių avarijų tikimybę,

įsitikinusios abiejų valstybių bendradarbiavimo būtinybe, siekiant palengvinti abipusę pagalbą katastrofų ir stambių avarijų atveju, paspartinti gelbėtojų grupių pasiuntimą, įrangos ir pagalbai skirtų medžiagų pristatymą,

susitarė:

1 straipsnis

Objektas

(1) Susitariančios šalys pagal galimybę teikia savitarpio pagalbą stichinės nelaimės, katastrofos ar stambios avarijos atveju, kai kyla grėsmė žmonių gyvybei, jų sveikatai, aplinkai ir gresia dideli materialiniai nuostoliai, o prašanti pagalbos Susitarianti šalis nepajėgia pasekmių likviduoti savo jėgomis.

(2) Sutartis numato pagrindines savanoriškos pagalbos sąlygas, kurios vykdomos kitai Susitariančiai šaliai prašant, ypač siunčiant gelbėtojų grupes, pavienius specialistus ir pagalbai skirtas medžiagas.

2 straipsnis

Terminai

Šioje sutartyje vartojami terminai reiškia:

„prašanti pagalbos Susitariančioji šalis"
Susitariančioji šalis, kurios įgaliotosios įstaigos prašo suteikti jai pagalbą, ypač siunčiant gelbėtojų grupes, įrangą ir pagalbai skirtas medžiagas;

- „hilfeleistender Vertragsstaat“
  der Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden einem Ersuchen der Behörden des anderen Vertragsstaats um Hilfeleistung, insbesondere um Entsendung von Hilfsmannschaften oder -material, stattgeben;
- „Transitstaat“
  der Staat, dessen Hoheitsgebiet die Hilfsmannschaften durchqueren müssen, um den hilfeersuchenden Drittstaat zu erreichen;
- „Ausrüstungsgegenstände“
  das Material, die technischen Mittel, die Fahrzeuge, die Güter für den Eigenbedarf (Betriebsgüter), Rettungshunde und die persönliche Ausstattung der Hilfsmannschaften und Fachkräfte;
- „Hilfsgüter“
  die Gegenstände, die zur kostenlosen Verteilung unter der betroffenen Bevölkerung bestimmt sind.

„teikianti pagalbą Susitariančioji šalis“
Susitariančioji šalis, kurios įgaliotosios žinybos ir įstaigos patenkina kitos Susitariančios šalies pagalbos prašymą, ypač siunčiant gelbėtojų grupes, įrangą ir kitas pagalbai skirtas medžiagas;

„tranzito valstybė“
Valstybė, kurios teritorija turi pervažiuoti gelbėtojų grupė, kad pasiektų pagalbos prašančią Susitariančią šalį;

„įranga“
Medžiagos, technikos ir transporto priemonės, šunys – gelbėtojai ir individuali gelbėtojų grupių ir specialistų įranga, bei jų asmeninio naudojimosi daiktai;

„pagalbai skirtos medžiagos“
Daiktai, skirti nukentėjusiems ir dalinami nemokamai.

Artikel 3

Zuständigkeiten

Die Stellung und Entgegennahme von Hilfeersuchen der Vertragsstaaten erfolgen auf diplomatischem Wege. Für Hilfeersuchen zuständige Behörden sind:

a) in der Bundesrepublik Deutschland:
   - das Auswärtige Amt,
   - das Bundesministerium des Innern;

b) in der Republik Litauen:
   - das Verteidigungsministerium,
   - das Innenministerium,
   - das Außenministerium.

3 straipsnis

Įgaliojimai

Susitariančių šalių pagalbos prašymai perduodami ir priimami diplomatiniu keliu. Pagalbos prašyti įgaliotos šios žinybos:

a) Vokietijos Federacinėje Respublikoje:
   Federalinė vidaus reikalų ministerija,
   Užsienio reikalų ministerija.

b) Lietuvos Respublikoje:
   Krašto apsaugos ministerija,
   Vidaus reikalų ministerija,
   Užsienio reikalų ministerija.

Artikel 4

Einsatzarten

(1) Die Hilfe kann durch einzelne Fachkräfte oder durch Hilfsmannschaften geleistet werden, die an den Ort der Katastrophe oder des schweren Unglücksfalls entsandt werden und die insbesondere in den Bereichen Brandbekämpfung, technische Hilfeleistung, Bekämpfung von radioaktiven und chemischen Gefahren, medizinische und sanitär-hygienische Hilfeleistung, Rettung und Bergung oder behelfsmäßige Instandsetzung ausgebildet sind und die über das für ihre Aufgaben erforderliche Material und Spezialgerät verfügen. Falls erforderlich, kann die Hilfe auch auf jede andere Weise erbracht werden.

(2) Die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte sowie das erforderliche Material und Spezialgerät können auf dem Land-, Luft- oder Wasserweg transportiert werden.

4 straipsnis

Pagalbos rūšys

(1) Pagalbą teikia pavieniai specialistai arba gelbėtojų grupės, siunčiamos į stichinės nelaimės ar avarijos ištiktas vietoves, pasiruošusios gesinti gaisrus, teikti techninę pagalbą, kovoti su radioaktyviais ir cheminiais teršalais, teikti medicininę, sanitarinę-higieninę pagalbą, atlikti gelbėjimo ir kitus neatidėliotinus darbus, laikiną remontą ir turinčios būtiną įrangą bei specialias technines priemones. Esant būtinybei gali būti teikiama kitokia pagalba.

(2) Gelbėtojų grupės ir pavieniai specialistai, taip pat būtinos medžiagos ir specialios paskirties įranga gali būti pristatomi sausuma, oro ir vandens keliu.

Artikel 5

Grenzübertritt

(1) Um die für einen Hilfseinsatz erforderliche Wirksamkeit und Schnelligkeit zu gewährleisten, verpflichten sich die Vertragsstaaten, die Förmlichkeiten beim Überschreiten der Grenze auf das unerläßliche Mindestmaß zu beschränken.

(2) Der Leiter einer Hilfsmannschaft führt eine Bescheinigung der zuständigen Behörden des hilfeleistenden Vertragsstaats mit, die den Hilfseinsatz, die Art der Einheit, ihrer Ausrüstung und die Zahl ihrer Angehörigen ausweist. Kann im Fall besonderer Eilbedürftigkeit die Bescheinigung nicht vorgelegt werden, so genügt jeder andere geeignete Nachweis, daß die Einreise zum Zwecke eines Hilfseinsatzes gemäß diesem Abkommen erfolgen soll. Im übrigen haben die Angehörigen des Hilfeeinsatzes ihren mit ihrem Lichtbild versehenen Dienstausweis oder ein sonstiges Identitätsdokument mitzuführen und sich hiermit auf Verlangen eines hierzu ermächtigten Amtsträgers auszuweisen.

5 straipsnis

Sienų perėjimas

(1) Siekdamos pagalbos operatyvumo ir veiksmingumo, Susitariančios šalys įsipareigoja apsiriboti minimaliais sienų perėjimo formalumais.

(2) Gelbėtojų grupės vadovas turi pateikti teikiančios pagalbą Susitariančios šalies įgaliotos žinybos pažymą apie teikiamos pagalbos rūšį, pobūdį, įrangą ir gelbėtojų grupės narių skaičių. Jei dėl skubos neįmanoma laiku pateikti pažymos, pakanka pateikti bet kokį įrodymą, liudijantį, kad vykstama gelbėjimo tikslais, aptartais Sutartyje. Be to, atvykstantys asmenys, gelbėtojų grupių nariai, privalo turėti tarnybinį pasą su nuotrauka ar kitą, įrodantį asmenybę dokumentą ir pateikti jį įgaliotam tarnautojui prašant.

(3) Bei besonderer Dringlichkeit kann die Grenze, soweit erforderlich nach Abstimmung mit den zuständigen Stellen der Transit- und Vertragsstaaten, auch außerhalb der zugelassenen Grenzübergangsstellen ohne Beachtung der sonst hierfür geltenden Vorschriften überschritten werden. In diesem Fall sind die für die Grenzüberwachung zuständigen Behörden oder der nächste Grenzposten der Transit- und Vertragsstaaten hierüber im voraus zu unterrichten.

(4) Die Erleichterungen beim Grenzübertritt nach den Absätzen 1 bis 3 gelten auch für den Fall, daß ein Vertragsstaat Transitstaat für Hilfeleistungen ist, die bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen einem hilfeersuchenden Drittstaat gewährt werden sollen, und daß der Transit für eine rasche Hilfeleistung notwendig ist. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten unterrichten einander rechtzeitig auf diplomatischem Wege darüber, wenn sich das Erfordernis eines Transits von Hilfeleistungen für einen hilfeersuchenden Drittstaat ergibt und stimmen die Art und Weise der Durchführung des Transits ab.

(3) Ypač skubiais atvejais, suderinus su įgaliotomis tranzito valstybės įstaigomis, esant būtinybei, galima pereiti Susitariančiųjų šalių ir tranzito valstybių sienas, pažeidžiant galiojančias taisykles, t. y. ne per pasienio kontrolės punktus. Tuo atveju būtina iš anksto pranešti apie tai įgaliotoms tranzito ir Susitariančių šalių pasienio tarnyboms ar artimiausiam pasienio kontrolės punktui.

(4) Lengvatinės sienos perėjimo sąlygos pagal 1–3 punktus galioja ir tada, jei viena iš Susitariančiųjų šalių yra trečiosios valstybės, prašančios pagalbos stichinės nelaimės ar stambios avarijos atžvilgiu, tranzito valstybė ir tranzitas būtinas, kad būtų suteikta operatyvi pagalba. Susitariančiųjų šalių įgaliotosios organizacijos laiku praneša viena kitai apie tranzito būtinybę, teikiant pagalbą trečiajai valstybei, ir suderina tranzitinių krovinių pervežimo tvarką.

Artikel 6

Grenzübergang des Materials

(1) Die Vertragsstaaten erleichtern die Einfuhr der bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter. Der Leiter einer Hilfsmannschaft und einzelne Fachkräfte haben den örtlichen Zollstellen des hilfeersuchenden Vertragsstaats lediglich ein Verzeichnis der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter zu übergeben. Auch wenn sie kein solches Verzeichnis haben, erhalten die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte die Genehmigung zum Grenzübertritt mit Ausrüstungsgegenständen und Hilfsgütern. In diesem Fall ist den zuständigen Stellen des hilfeersuchenden Vertragsstaats das Verzeichnis innerhalb eines Monats vom Tag des Grenzübertritts vorzulegen.

(2) Die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachleute dürfen außer den bei Hilfeeinsätzen notwendigen Ausrüstungsgegenständen und Hilfsgütern kein anderes Gut mitführen. Die Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter werden von allen Zollabgaben befreit und dürfen nur für den Hilfeeinsatz verwendet werden.

(3) Für die bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter finden die Verbote und Beschränkungen für die Gütereinfuhr keine Anwendung. Die bei einer Hilfeleistung nicht verwendeten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter sind wieder auszuführen. Lassen besondere Verhältnisse die Wiederausfuhr nicht zu, so sind Art und Menge sowie der Verbleib dieser Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter der für die Hilfeleistung verantwortlichen Stelle des hilfeersuchenden Vertragsstaats anzuzeigen, welche die zuständige Zollstelle hiervon benachrichtigt. In diesem Falle gelten die Rechtsvorschriften des hilfeersuchenden Vertragsstaats.

(4) Suchtstoffe/psychotrope Stoffe dürfen nur im Rahmen des dringenden medizinischen Bedarfs eingeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den gesetzlichen Bestimmungen desjenigen Vertragsstaats, dem die Hilfsmannschaft angehört, eingesetzt werden. Das Recht des ersuchenden Vertragsstaats, an Ort und Stelle Kontrollen durchzuführen, bleibt unberührt. Absatz 3 Sätze 2 bis 4 findet auch Anwendung auf die Wiederausfuhr der nicht verbrauchten Mengen in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten. Dieser Warenverkehr gilt nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinne der internationalen Suchtstoff- und Betäubungsmittelübereinkommen. Nichtverbrauchte Suchtstoffe/psychotrope Stoffe, die nicht wieder ausgeführt werden können, unterliegen den Rechtsvorschriften des hilfeersuchenden Vertragsstaats.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend bei einem durch das Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats führenden Transit der bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter für einen hilfeersuchenden Drittstaat.

6 straipsnis

Medžiagų įvežimas

(1) Susitariančios šalys palengvina įrangos ir pagalbai skirtų medžiagųįvežimo į savo teritoriją tvarką. Gelbėtojų grupės vadovas, pavieniai specialistai prašančios pagalbos Susitariančios šalies muitinei privalo pateikti tik vežamos įrangos ir pagalbai skirtų medžiagų sąrašą. Netgi jei tokio sąrašo nėra, gelbėtojų grupės ir pavieniai specialistai su įranga ir pagalbai skirtomis medžiagomis gauna leidimą pereiti sieną. Tuo atveju sąrašas pateikiamas įgaliotoms prašančios pagalbos Susitariančios šalies organizacijoms per mėnesį nuo sienos perėjimo dienos.

(2) Gelbėtojų grupės ir pavieniai specialistai neturi teisės vežti jokio kito turto, išskyrus įrangą ir pagalbai skirtas medžiagas bei asmeninio naudojimo daiktus (reikmenis). Įranga ir pagalbai skirtos medžiagos neapmokestinamos jokiu muitu ir naudojamos tik pagalbai.

(3) Draudimai ir apribojimai, galiojantys vežant nuosavybę, negalioja įvežamai įrangai ir pagalbai skirtoms medžiagoms. Nepanaudota gelbėjimo darbų metu įranga ir pagalbai skirtos medžiagos grąžinamos atgal. Jei dėl ypatingų aplinkybių jų grąžinti neįmanoma, tai duomenys apie jas pateikiami įgaliotoms pagalbos prašančios Susitariančios šalies organizacijoms, atsakingoms už gelbėjimo darbus, nurodant įrangos ir pagalbai skirtų medžiagų rūšį, kiekį ir saugojimo vietą, o šios praneša atitinkamai muitinei. Šiuo atveju taikomi prašančios pagalbos Susitariančios šalies įstatymai.

(4) Narkotines-psichotropines medžiagas leidžiama įvežti tik esant medicininei būtinybei, jos skiriamos tik kvalifikuoto medicinos personalo žinion, prisilaikant tos Susitariančiosios šalies, kuri siunčia gelbėtojų grupes, įstatymų. Tai neatima prašančiosios pagalbos Susitariančiosios šalies teisės kontroliuoti padėtį vietoje. 3–jo punkto 2–4 frazės galioja ir nepanaudotų narkotinių bei psichotropinių medžiagų grąžinimui į kitos susitariančios šalies teritoriją, laikantis abiejų Susitariančiųjų šalių įstatymų. Šitokie prekių mainai nelaikomi importu ar eksportu Tarptautinės narkotinių medžiagų sutarties prasme. Nepanaudotos narkotinės ir psichotropinės medžiagos, kurių nebeįmanoma grąžinti, toliau panaudojamos pagal prašančios pagalbos Susitariančios šalies įstatymus.

(5) Punktai 1–4 galioja įrangos ir pagalbai skirtų medžiagų tranzitui per vienos iš Susitariančių šalių teritoriją, kai teikiama būtina pagalba trečiajai pagalbos prašančiai šaliai.

Artikel 7

Einsätze von Luftfahrzeugen

(1) Luftfahrzeuge können nicht nur für die schnelle Heranführung der Hilfsmannschaften nach Artikel 4 Absatz 2, sondem auch für andere Arten von Hilfeleistungen im Sinne dieses Abkommens benutzt werden.

(2) Jeder Vertragsstaat gestattet, daß Luftfahrzeuge, die vom Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aus gemäß Absatz 1 eingesetzt werden, sein Hoheitsgebiet überfliegen, ohne Flugplatzzwang und ohne Paß- und Zollabfertigung landen und starten dürfen.

(3) Die Absicht, bei einem Hilfeeinsatz Luftfahrzeuge zu verwenden, ist dem hilfeersuchenden Vertragsstaat unverzüglich mitzuteilen, wobei möglichst genau Baumuster, Eintragungsland und Eintragungskennzeichen des Luftfahrzeugs, seine Besatzung und Passagiere, Hilfsmannschaften, Ausrüstung und die an Bord befindlichen Hilfssendungen, die Zeit des Abflugs, die voraussichtliche Flugroute und der Landeort angegeben werden müssen.

(4) Sinngemäß angewendet werden:

a) Artikel 5, Artikel 9 Absatz 3 und Artikel 10 auf die Besatzungen und mitfliegenden Hilfsmannschaften;

b) Artikel 6 auf die Luftfahrzeuge und sonstigen mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter.

(5) Soweit sich aus Absatz 2 nichts anderes ergibt, sind die Luftverkehrsvorschriften jedes Vertragsstaats anzuwenden, insbesondere die Pflicht, den zuständigen Kontrollstellen Angaben über die Flüge zu übermitteln.

(6) Anhang 12 über das Such- und Rettungswesen im Luftverkehr zum Abkommen vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt bleibt unberührt.

7 straipsnis

Lėktuvų panaudojimas

(1) Lėktuvai naudojami nė vien tik skubiam gelbėjimo grupių pervežimui, 4 str. 2 punkte nurodytais atvejais, bet ir kitokiai pagalbai, numatytai šioje Sutartyje.

(2) Kiekviena Susitariančioji šalis leidžia lėktuvams, kylantiems iš kitos Susitariančios šalies teritorijos, skraidyti savo teritorijoje, prisilaikant 1–jo punkto reikalavimų nusileisti ir pakilti už aerouosto ribų be pasų ir muitinės kontrolės.

(3) Pagalbą teikianti Susitarianti šalis privalo pagalbos prašančiai Susitariančiai šaliai pranešti apie numatomą lėktuvų panaudojimą, nurodydama jų modelį, lė ktuvo registravimo šalį ir registracijos numerį, ekipažo ir keleivių sąstatą, gelbėtojų grupę, esančią lėktuve įrangą ir pagalbai skirtas medžiagas, pakilimo laiką, numatomą maršrutą ir nusileidimo vietą.

(4) Pagal prasmę taikomi:

a) ekipažams ir skrendančioms gelbėtojų grupėms – 5 straipsnis, 9-to straipsnio 3 pastraipa ir 10 straipsnis;

b) lėktuvams ir esančiai lėktuve įrangai ir pagalbai skirtoms medžiagoms – 6 straipsnis.

(5) Jei 2-je pastraipoje nenurodyta kitaip, galioja kiekvienos Susitariančios šalies oro linijų taisyklės, ypač reikalavimas pranešti skridimo duomenis atitinkamoms skrydžių valdymo tamyboms.

(6) 1944 m. gruodžio 7 d. pasirašytas Tarptautinės civilinės aviacijos sutarties 12-tas priedas dėl paieškos ir gelbėjimo darbų aviacijoje lieka nepakitęs.

Artikel 8

Koordination und Gesamtleitung

(1) Die Koordination und Gesamtleitung der Rettungs- und Hilfsmaßnahmen obliegt in jedem Fall den zuständigen Behörden des hilfeersuchenden Vertragsstaats.

(2) Die zuständigen Behörden des hilfeersuchenden Vertragsstaats unterstützen die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte des hilfeleistenden Vertragsstaats bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Sie erläutem möglichst ausführlich die Aufgaben, die sie den Hilfsmannschaften und den einzelnen Fachkräften übertragen wollen.

(3) Anweisungen an die Hilfsmannschaften des hilfeleistenden Vertragsstaats werden ausschließlich an ihre Leiter gerichtet, die Einzelheiten der Durchführung gegenüber den ihnen unterstellten Kräften anordnen.

8 straipsnis

Bendras valdymas ir koordinacija

(1) Bet kuriuo atveju gelbėjimo darbus ir teikiamą pagalbą koordinuoja prašančios pagalbos Susitariančios šalies įgaliotos žinybos.

(2) Prašančios pagalbos Susitariančios šalies įgaliotosios žinybos privalo teikti būtiną paramą teikiančios pagalbą Susitariančios šalies gelbėtojų grupėms ir pavieniams specialistams vykdantiems užduotį. Jos detaliai aiškina užduotis, kurias pageidauja perduoti gelbėtojų grupėms ir pavieniams specialistams.

(3) Nurodymai teikiančios pagalbą Susitariančios šalies gelbėjimo grupėms perduodami tik per vadovus, kurie skiria konkrečias užduotis savo pavaldiniams.

Artikel 9

Einsatzkosten

(1) Der hilfeleistende Vertragsstaat kann dem hilfeersuchenden Vertragsstaat kostenlose Hilfe anbieten. Bei der Erwägung, ob Hilfe auf dieser Grundlage angeboten werden soll, berücksichtigt er insbesondere Art und Ausmaß der Katastrophe oder des schweren Unglücksfalls.

(2) Wird die Hilfe ganz oder teilweise auf der Grundlage der Kostenerstattung geleistet, so erstattet der hilfeersuchende Vertragsstaat dem hilfeleistenden Vertragsstaat die unmittelbar im Zusammenhang mit der Hilfeleistung angefallenen Kosten, soweit diese nicht bereits durch den hilfeersuchenden Vertragsstaat getragen werden. Im Zusammenhang mit dem Hilfeersuchen angefallene Kosten sind insbesondere Personal-, Transport- und Versicherungskosten sowie die Kosten für Verbrauch, Beschädigung und Verlust des mitgeführten Materials, für Schadensersatzleistungen und für die medizinische Versorgung des Hilfspersonals. Sofem nichts anderes vereinbart ist, werden die Kosten umgehend erstattet, nachdem die Aufforderung ergangen ist.

9 straipsnis

Gelbėjimo darbų išlaidos

(1) Teikianti pagalbą Susitariančioji šalis gali pasiūlyti prašančiai pagalbos Susitariančiai šaliai nemokamą pagalbą. Sprendžiant klausimą, ar turėtų būti siūloma nemokama pagalba, atsižvelgiama į stichinės nelaimės ar stambios avarijos rūšį ir mastą.

(2) Jei pagalba teikiama pilnai ar dalinai atlyginant išlaidas, tai prašanti pagalbos Susitariančioji šalis atlygina teikiančiai pagalbą Susitariančiai šaliai išlaidas, betarpiškai susijusias su pagalbos darbais, jeigu prašanti pagalbos Susitariančioji šalis pati jų neapmoka. Išlaidos, susijusios su pagalbos prašymu, yra personalo, transporto ir draudimo išlaidos, taip pat atsivežtos įrangos panaudojimo, apgadinimo ir praradimo išlaidos, gelbėtojų grupių narių medicininio aptarnavimo ir jiems padarytų nuostolių atlyginimo išlaidos. Jei nėra kitokio susitarimo, išlaidos atlyginamos iškart po to, kai pateikiamas atitinkamas reikalavimas.

(3) Die Hilfsmannschaften und Fachkräfte des hilfeleistenden Vertragsstaats werden während der Dauer des Einsatzes im hilfeersuchenden Vertragsstaat auf dessen Kosten verpflegt und untergebracht sowie mit Gütern für den Eigenbedarf versorgt, wenn die mitgeführten Bestände aufgebraucht sind. Sie erhalten im Bedarfsfall kostenlos logistische einschließlich medizinische Hilfe.

Artikel 10

Entschädigung und Schadensersatz

(1) Jeder Vertragsstaat verzichtet auf alle Entschädigungsansprüche gegen den anderen Vertragsstaat wegen Beschädigung von Vermögenswerten, die ihm oder einem anderen Verwaltungsorgan gehören, wenn der Schaden von einem Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder von einer Fachkraft bei der Erfüllung des Auftrags im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Abkommens verursacht worden ist, soweit es sich dabei nicht nachweislich um Vorsatz handelt.

(2) Jeder Vertragsstaat verzichtet auf alle Entschädigungsansprüche gegen den anderen Vertragsstaat wegen Verletzung oder wegen des Todes eines Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder einer Fachkraft, soweit der Schaden bei der Durchführung des Abkommens entstanden ist.

(3) Wird durch einen Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder durch eine Fachkraft des hilfeleistenden Vertragsstaats bei der Erfüllung seines bzw. ihres Auftrags im Hoheitsgebiet des hilfeersuchenden Vertragsstaats einem Dritten ein Schaden zugefügt, so haftet ausschließlich der hilfeersuchende Vertragsstaat für den Schaden nach den Vorschriften, die im Fall eines durch eigene Hilfsmannschaften verursachten Schadens Anwendung finden würden.

(4) Die zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten arbeiten eng zusammen, um die Erledigung von Schadensersatzansprüchen zu erleichtern. Insbesondere tauschen sie alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadensfälle im Sinne dieses Artikels aus.

Artikel 11

Weitere Formen der Zusammenarbeit

Die nach Artikel 3 zuständigen Behörden arbeiten zusammen und können gesonderte Vereinbarungen schließen, insbesondere über

a) die Durchführung von Hilfeleistungen nach Maßgabe dieses Abkommens;

b) die Vorhersage, Vorbeugung und Bekämpfung von Katastrophen, indem sie alle praktischen Erfahrungen und zweckdienlichen Informationen wissenschaftlicher und technischer Art austauschen und Konferenzen und Studienaufenthalte für Fachkräfte, Forschungsprogramme und Fachkurse, einschließlich des Austauschs von Lehrkräften und Lehrgangsteilnehmern der einschlägigen Ausbildungseinrichtungen, sowie die Durchführung von gemeinsamen Übungen und den beratenden Einsatz von wissenschaftlichen Experten in Katastropheneinsatzstäben auf Anforderung vorsehen;

c) den Austausch von Informationen über Gefahren und Schäden, die sich auf das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ausbreiten können; der gegenseitige Informationsaustausch umfaßt auch die vorsorgliche Übermittlung von Meßdaten;

d) die Suche und Identifizierung betroffener Personen und betroffener Habe unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten sowie über die Untersuchung der Ursachen von Unglücksfällen, die durch menschliches Handeln ausgelöst worden sind.

Artikel 12

Fernmeldeverbindungen

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten treffen gemeinsam die erforderlichen Vorkehrungen, damit Fernmelde- und ins-

(3) Teikiančios pagalbą Susitariančios šalies gelbėtojų grupės ir specialistai per visą buvimo prašančioje pagalbos Susitariančioje šalyje laiką aprūpinami maistu ir nakvyne, taip pat asmeninio vartojimo daiktais, jei jų atsargos išsibaigė, prašančios valstybės sąskaita. Esant būtinybei, jiems suteikiama nemokama logistinė pagalba, įskaitant ir medicininę.

10 straipsnis

Kompensacija ir nuostolių atlyginimas

(1) Kiekviena iš Susitariančių šalių atsisako reikalavimo atlyginti kitai Susitariančiai šaliai nuostolius, atsiradusius dėl jai ar kitam valdymo organui priklausančių turtinių vertybių sugadinimo, kai nuostoliai padaryti gelbėtojų grupės narių ar specialistų užduoties, susijusios su šios Sutarties realizacija, vykdymo metu, jei neįrodyta, kad nuostoliai buvo padaryti tyčia.

(2) Kiekviena iš Susitariančių šalių atsisako bet kokių reikalavimų kitai Susitariančiai šaliai dėl kompensacijos už gelbėtojų grupės nario ar specialisto sužeidimą ar mirtį, jei tas įvyko Sutarties vykdymo metu.

(3) Jei teikiančios pagalbą Susitariančios šalies gelbėtojų grupės narys ar specialistas, vykdydamas savo užduotį prašančios pagalbos Susitariančios šalies teritorijoje padarys žalą trečiam asmeniui, tai už ją atsako tik prašanti pagalbos Susitariančioji šalis pagal nuostatas, taikomas savų gelbėtojų padarytai žalai įvertinti.

(4) Įgaliotos abiejų Susitariančių šalių organizacijos glaudžiai bendradarbiauja, pagal šį straipsnį siekdamos palengvinti nuostolių už padarytą žalą atlyginimą. Jos keičiasi joms prieinama informacija apie padarytą žalą.

11 straipsnis

Kitos bendradarbiavimo formos

3 straipsnyje paminėtos įgaliotos žinybos bendradarbiauja ir gali sudaryti atskiras sutartis, visų pirma dėl:

a) pagalbos pagal šią Sutartį realizavimo;

b) stichinių nelaimių ir stambių avarijų pasekmių prognozavimo, išvengimo ir likvidavimo, keičiantis praktine patirtimi ir būtina moksline-technine informacija, pagal pageidavimą numatant konferencijų rengimą ir specialistų stažuotes, mokslo-tiriamųjų programų ruošimą, specialių kursų rengimą, įskaitant atitinkamų mokslo įstaigų dėstytojų ir klausytojų mainus, bendrų mokymų rengimą, taip pat stichinių nelaimių atvejais mokslininkų ekspertų konsultacijas opratyviniuose štabuose.

c) keitimosi informacija apie žalą ir grėsmę, galinčias pasiekti kitos Susitariančios šalies teritoriją; abipusis keitimasis informacija apima taip pat išankstinį matavimo duomenų pateikimą.

d) nukentėjusių asmenų ir turto paieškos ir atpažinimo, prisilaikant veikiančių Susitariančių šalių įstatymų, ir avarijų, įvykusių dėl žmonių veiksmų, priežasčių tyrimo.

12 straipsnis

Ryšio priemonės

Įgaliotos Susitariančių šalių žinybos bendrai imasi reikiamų priemonių ryšiui, visų pirma radijo ryšiui tarp 3 straipsnyje minimų

besondere Funkverbindungen zwischen den in Artikel 3 genannten Behörden, zwischen diesen Behörden und den von ihnen entsandten Hilfsmannschaften, zwischen den Hilfsmannschaften untereinander und zwischen den entsandten Hilfsmannschaften und der jeweiligen Einsatzleitung ermöglicht werden.

žinybų, taip pat nurodytų įstaigų su jų vadovaujamomis gelbėtojų grupėmis, gelbėtojų grupių tarpusavio ryšiui ir gelbėjimo grupių ryšiui su atitinkamais grupių vadovais užtikrinti.

Artikel 13

Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten jeglicher Art über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens, die nicht unmittelbar zwischen den in Artikel 3 genannten Behörden beigelegt werden können, werden auf diplomatischem Weg zwischen den Vertragsstaaten beigelegt.

13 straipsnis

Ginčų ir nesutarimų sprendimas

Bet kokie nesutarimai, kilę dėl Sutarties interpretavimo ir taikymo, jei 3 punkte nurodytos žinybos negali jų išspręsti tarpusavyje, Susitariančiųjų šalių sprendžiami diplomatiniais kanalais.

Artikel 14

Andere vertragliche Regelungen

Bestehende Rechte und Pflichten beider Vertragsstaaten aus anderen völkerrechtlichen Übereinkünften werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

14 straipsnis

Kitos sutartys ir susitarimai

Ši sutartis nekeičia esamų abiejų Susitariančių šalių teisių ir įsipareigojimų, privalomų pagal kitas jų pasirašytas tarptautines sutartis ir susitarimus.

Artikel 15

Ratifikation, Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Wilna ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

15 straipsnis

Ratifikavimas, įsigaliojimas

(1) Sutartis privalo būti ratifikuojama; ratifikavimo raštais kuo skubiau apsikeičiama Vilniuje.

(2) Sutartis įsigalioja pirmą trečiojo mėnesio dieną nuo apsikeitimo ratifikaciniais raštais momento.

Artikel 16

Geltungsdauer, Außerkrafttreten

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Dieses Abkommen kann von den Regierungen der Vertragsstaaten durch Notifikation gekündigt werden. Im Fall der Kündigung des Abkommens wird diese sechs Monate nach dem Zeitpunkt wirksam, zu dem sie der Regierung des anderen Vertragsstaats zugegangen ist.

16 straipsnis

Galiojimo laikas ir Sutarties nutraukimas

(1) Sutartis sudaroma neribotam laikui.

(2) Susitariančių šalių vyriausybės gali nutraukti Sutartį pranešdamos apie tai raštu; tuo atveju sutatis netenka galios po šešių mėnesių nuo notos kitos Susitariančios šalies vyriausybei įteikimo dienos.

Geschehen zu Bonn am 15. März 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und litauischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Pasirašyta 1994 m. kovo 15 d. Bonoje, dviem egzemplioriais, kiekvienas vokiečių ir lietuvių kalbomis, abiems tekstams turint vienodą galią.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Vokietijos Federacinės Respublikos vardu
Hansjörg Eiff
Walter Priesnitz

Für die Republik Litauen
Lietuvos Respublikos vardu
Pulokas

Denkschrift zum Abkommen

A. Allgemeiner Teil

Gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen ist eine traditionell geübte Praxis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und ihren Nachbarstaaten, die sich bisher naturgemäß vor allem im Grenzbereich entfaltete.

Katastrophen der letzten Jahre, z. B. der Reaktorunfall in Tschernobyl, haben die Erkenntnis vermittelt, daß das Hilfspotential der europäischen Staaten soweit wie möglich im Bedarfsfall auch über den grenznahen Bereich hinaus genutzt werden sollte. Nach der Erdbebenkatastrophe in Armenien 1988 wurde erstmals auch einem nicht angrenzenden Staat massive Hilfe zuteil. Die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Litauen haben nunmehr vereinbart, eine Zusammenarbeit in der grenzüberschreitenden Katastrophenhilfe auf vertraglicher Grundlage zu beginnen. Enthalten sind Regelungen insbesondere über die zuständigen Ansprechstellen, die Erleichterung des Grenzübertritts von Personen und Sachen, über Schadenersatz-, Haftungs- und Kostenfragen sowie über die ständige Kooperation auch ohne daß eine Katastrophensituation vorliegt. Das am 15. März 1994 in Bonn unterzeichnete Abkommen trägt diesen Anliegen Rechnung und soll im Ernstfall eine reibungslose Zusammenarbeit gewährleisten.

Abkommen mit inhaltlich gleicher Zielsetzung wurden schon mit Frankreich am 3. Februar 1977, Luxemburg am 2. März 1978, Belgien am 6. November 1980, der Schweiz am 28. November 1984, Dänemark am 16. Mai 1985 und Österreich am 23. Dezember 1988 und Rußland am 16. Dezember 1992 abgeschlossen. Diese Abkommen sind bereits ratifiziert worden. Ein Hilfeleistungsabkommen mit den Niederlanden wurde am 7. Juni 1988 unterzeichnet.

B. Besonderer Teil

Artikel 1

Artikel 1 beschreibt Regelungsinhalt und -bereich des Abkommens.

Artikel 2

Artikel 2 definiert wichtige im Abkommen verwandte Begriffe.

Artikel 3

In Artikel 3 sind die in den beiden Vertragsstaaten zuständigen Behörden für die Stellung und Entgegennahme von Hilfeersuchen aufgeführt.

Artikel 4

Artikel 4 legt in Absatz 1 fest, wer Hilfe leisten kann und sagt in Absatz 2 aus, daß Hilfspersonal und Material auf dem Land-, Luft- oder Wasserweg transportiert werden können.

Artikel 5

Artikel 5 enthält im Interesse der erforderlichen Schnelligkeit und Wirksamkeit der Hilfseinsätze für die Hilfsmannschaften Regelungen über Erleichterungen im grenzüberschreitenden Personenverkehr sowie Regelungen über die mindestens erforderlichen Grenzformalitäten.

Artikel 6

Dieser Artikel korrespondiert mit Artikel 5, indem er mit derselben Zielsetzung auch hinsichtlich der von den Hilfsmannschaften mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter Erleichterungen im grenzüberschreitenden Güterverkehr einräumt und nur ein Mindestmaß an Formalitäten vorsieht.

Artikel 7

Artikel 7 regelt die Besonderheiten bei einem möglichen Einsatz von Luftfahrzeugen.

Artikel 8

Dieser Artikel unterstreicht die Verantwortung der Behörden des Einsatzstaates für die Hilfsaktion und legt das Verfahren der Einordnung der angeforderten Hilfsmannschaften in die Maßnahmen zur Schadensabwehr und -beseitigung fest.

Artikel 9

Absatz 1 sieht unter Berücksichtigung der Schwere der Katastrophe die Möglichkeit des Kostenverzichts vor.

Absatz 2 regelt das Verfahren der Erstattung der Kosten, wenn von Absatz 1 kein Gebrauch gemacht wird.

Absatz 3 beinhaltet die Kostenregelung für die Versorgung der Einsatzkräfte sowie deren logistische und medizinische Hilfe.

Artikel 10

Nach den Absätzen 1 und 2 verzichtet jeder Vertragsstaat grundsätzlich auf alle ihm im Zusammenhang mit der Durchführung des Abkommens zustehenden Entschädigungsansprüche aus Vermögens- und Personenschäden.

Absatz 3 trifft eine Regelung im Falle von Drittschäden, die durch ein Mitglied der Hilfsmannschaft der ersuchten Vertragspartei entstehen.

Absatz 4 legt die Zusammenarbeit der beiden Seiten bei der Erledigung von Schadensersatzansprüchen fest.

Artikel 11

Artikel 11 enthält Regelungen über die nähere Ausgestaltung der Zusammenarbeit.

Artikel 12

Hier wird festgelegt, daß die Vertragsstaaten die erforderlichen Vorkehrungen für die Einrichtung von Funk- und Fernmeldeverbindungen treffen.

Artikel 13

Dieser Artikel legt fest, daß Streitigkeiten, die sich aus der Auslegung oder Anwendung des Abkommens ergeben könnten, auf diplomatischem Weg beigelegt werden.

Artikel 14

Artikel 14 statuiert, daß zwischen den beiden Vertragsstaaten bestehende vertragliche Regelungen durch dieses Abkommen nicht berührt werden.

Artikel 15

Artikel 15 enthält Vorschriften über die Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens.

Artikel 16

Diese Vorschrift betrifft die Geltungsdauer und das Verfahren der Kündigung des Abkommens.

Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn 527319 6.95
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333